

Niederschrift

über die Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 24.10.2018, von 18:00 Uhr bis 20:05 Uhr im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Schumacher

Mitglieder

Herr Klaus Czernitzki

Herr Thomas Feustel

Herr Bernhard Hieber

Herr Steffen Kapischka

Herr Hermann-Gerhard Ortlepp

Frau Roswitha Schulz

sachkundige Einwohner

Herr Manfred Blume

Herr Jürgen Jacob

Herr Karl-Heinz Kühn

Gäste

Frau Pia Kampelmann, Leiterin evangelische Sekundarschule

Frau Ulrike Gardlo, Geschäftsführerin evangelische Johannes Schulstiftung

Herr Hartmut Baethge, HSC e.V.

Stadträte

Herr Eberhard Resch

Herr Rüdiger Ostheer

Herr Thomas Seelmann

Frau Marlis Schünemann

Frau Annette Koch

Herr Ralf Bertram

Herr Bodo Zeymer

Abwesend:

Ortsbürgermeister

Herr Martin Feuckert

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 16.10.2018
4. Vorstellung des Projektes der Johannes Schulstiftung zur Errichtung einer evangelischen Grundschule in Haldensleben - vorbehaltlich der Zusage des Trägers
Hierzu sind alle Mitglieder des Stadtrates recht herzlich eingeladen.
5. Haushaltssatzung 2019 einschließlich Haushaltsplan
Vorlage: 403-(VI.)/2018
6. Mitteilungen
7. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 16.10.2018
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 7 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Die 3 sachkundigen Einwohner Herr Jürgen Jacob, Herr Manfred Blume sowie Herr Karl-Heinz Kühn sind ebenfalls zugegen. Ortsbürgermeister Martin Feuckert hat seine Teilnahme zur heutigen Sitzung entschuldigt.

Zum TOP 4 - Vorstellung des Projektes der Johannes Schulstiftung zur Errichtung einer evangelischen Grundschule in Haldensleben der heutigen Sitzung sind viele Stadträte erschienen, daher unterbreitet Ausschussvorsitzender Mario Schumacher den Vorschlag, den anwesenden Stadträten Rederecht zu erteilen.

Dieser Vorschlag findet bei den Ausschussmitgliedern breite Zustimmung.

zu TOP 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Die Niederschrift über die Tagung vom 16.10.2018 liegt noch nicht vor. Daher werden die Tagesordnungspunkte 3 und 8 auf die nächste Sitzung verschoben.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen und gilt damit als festgestellt.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt, so dass die vorliegende Tagesordnung einstimmig festgestellt wird, so Ausschussvorsitzende Anja Reinke.

Der TOP 3 - Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 16.10.2018 entfällt.

zu TOP 4 **Vorstellung des Projektes der Johannes Schulstiftung zur Errichtung einer evangelischen Grundschule in Haldensleben - vorbehaltlich der Zusage des Trägers Hierzu sind alle Mitglieder des Stadtrates recht herzlich eingeladen.**

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher bedankt sich für die kurzfristige Teilnahme von Frau Pia Kampelmann, Leiterin der evangelischen Sekundarschule und Frau Ulrike Gardlo, Geschäftsführerin evangelische Johannes- Schulstiftung. Beide Damen stellen sodann das Projekt der Johannes Schulstiftung zur Errichtung einer evangelischen Grundschule vor.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher ist der Ansicht, dass die Priorität aber auf einer Bedarfsanalyse beruhen sollte. Ist eine weitere Grundschule überhaupt notwendig? Wenn ja, gibt es andere Lösungsmöglichkeiten als den Neubau? Könnte dem Kapazitätsproblem nicht entgegen gewirkt werden, indem die Betreuung von Kindern aus Fremdgemeinden in städtischen Einrichtungen beendet wird?

Die Mitglieder der CDU-Fraktion hegen überwiegend Zweifel gegenüber dem Standort der Grundschule. Zunächst kritisieren sie die kurze Zeit, die ihnen für die Vorstellung und Beratung des Projektes eingeräumt wurde. Ein solches Projekt bedarf Zeit für ausgiebige Diskussionen. Im Weiteren sei zu bedenken, dass seinerzeit Grundschulen und Kindertageseinrichtungen in den eingemeindeten Ortsteilen geschlossen wurden. Weshalb solle nun eine weitere Grundschule auf dem Süplinger Berg errichtet werden, wenn doch mit einer Grundschule in einem Ortsteil mehr Platz zur Verfügung stehen würde und der ländliche Raum so, als positiver Nebeneffekt, gestärkt werden könnte. Auch die Nutzung der Sporthalle beider Schulen könnte organisatorisch ein Problem darstellen. Daher sei ein Standort aus Sicht der CDU-Fraktion in einem der Ortsteile angemessener.

Stadtrat Bodo Zeymer sehe den Knackpunkt nicht in der Zahl der Schulplätze, sondern in der Zahl der Horteplätze. Auf dieses Kriterium sollte der Fokus gelegt werden, daher halte auch er eine Bedarfsanalyse für nötig.

Was die CDU-Fraktion kritisiert, sehe Stadträtin Roswitha Schulz nicht zwingend als Problem. Sie spreche sich immer für eine Belebung der Ortsteile und der Stärkung des ländlichen Raums aus, aber ob jenes Ziel mit der Errichtung einer Grundschule erreicht wird, ist für sie fraglich. Richtig ist, dass Schulen geschlossen wurden.

Die Gebäude existieren auch noch, aber in einem so desolaten Zustand, dass es rein wirtschaftlich nicht zielführend wäre, daraus wieder ein Schulgebäude zu errichten.

Stadtrat Bernhard Hieber sieht zunächst die optimalen Synergieeffekte von einer evangelischen Grundschule, die direkt an die evangelische Sekundarschule anknüpft. Im Übrigen sei dies für die Stadt Haldensleben die risikoärmste und preisgünstigste Variante.

Abschließend möchte **Stadtrat Klaus Czernitzki**, gleichzeitiger Vorsitzender des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses anmerken, dass er für diese Grundschule plädiert. Es besteht Bedarf, aber nicht auf ewig und nicht genug, um eine eigene Grundschule zu errichten. Er gibt weiter zu Bedenken, dass dieses Vorhaben auch mit Fördermitteln verbunden ist und auch die Baukosten von Jahr zu Jahr immer höher steigen. Im Übrigen sei nach Meinung von Stadtrat Czernitzki die Beendigung der Betreuung von Kindern aus Fremdgemeinden in städtischen Einrichtungen keine Lösung. Diese Kinder hätten einen längeren Schulweg. Das Wohl der Kinder solle immer an vorderster Stelle stehen.

Im Namen des Ausschusses bedankt sich **Ausschussvorsitzender Mario Schumacher** für die kurzfristige Teilnahme und Bereitschaft von Frau Kampelmann und Frau Gardlo und beendet damit diesen TOP.

Bevor die stellv. Bauamtsleiterin **Monique Fabian** das Wort an den Planer Herrn Iden, IG Thiel GmbH übergibt, möchte sie einen kurzen Rückblick geben. Die Straßenausbaumaßnahme ist seit mehreren Jahren im Haushaltsplan. Nunmehr wurden auch die Fördermittel für die Maßnahme bewilligt, sodass entsprechend Mittel für das Haushaltsjahr 2019 eingestellt sind.

Herr Iden führt aus, dass die Große Straße in 2 Bauabschnitten ausgebaut wird. Der 1. Bauabschnitt, der sich in 2 Teilabschnitte gliedert wird auf dem Abschnitt der Großen Straße erfolgen, der sich von der Neuhaldensleber Str. bis zum Dammühlenweg ($\triangleq$ Stichstraße Pumpwerk) streckt und der 2. Bauabschnitt erfolgt auf dem Teil vom Dammühlenweg bis zur Neuhaldensleber Straße. Nähere Erläuterungen zu den detaillierten Maßnahmen zeigt er in seiner Präsentation. Die Kostenschätzung für die Maßnahme ergebe folgenden Rahmen:

1. Bauabschnitt, 1. Teilbereich	789.000 €
1. Bauabschnitt, 2. Teilbereich	80.000 €
2. Bauabschnitt	153.000 €
Insgesamt	<u>1.022.000 €</u>

Herr Iden schlägt jedoch 3 Varianten für den Ausbau vor:

1. Grundhafte Ausbau
2. Erneuerung der Decke (hoher Instandhaltungsaufwand, Einschränkung in der Belastbarkeit.
3. hydraulisch gebundene Tragschicht (wie Nr. 1. – preisgünstigere Variante).

Da es seitens der Ausschussmitglieder keine Fragen gibt, erkundigt sich Ausschussvorsitzende Anja Reinke, ob in bewährter Weise in puncto Rederecht der Bürger verfahren werden soll; d.h. es erhalten 3 Bürger für eine Dauer von 5 Minuten Rederecht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen

Bürgerin A

In welcher Höhe sind die Haushaltsmittel für Straßenausbaumaßnahme eingestellt, in der Höhe der 1.022.000 €? Wie ist die v.g. Summe zustande gekommen?

Axel Bergmann, Sachbearbeiter Tiefbau, führt aus, dass die vorgestellte Summe auf einer Kostenschätzung basiert und in Gänze in den Haushaltsjahren 2018 / 2019 eingestellt ist.

Bürgerin B

Wie ist die Große Straße derzeit klassifiziert? Etwa als Anliegerstraße? Gibt es eine Möglichkeit, die Klassifizierung zu ändern? Aus ihrer Sicht sei die Straße eher als Durchgangsstraße zu klassifizieren aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens. Dazu wäre eine Verkehrsmessung sinnvoll.

Des Weiteren möchte die Bürgerin wissen, wie lange die reine Bauzeit beträgt. Warum wird ausgerechnet jetzt mit dem Straßenausbau begonnen, wo es doch Initiativen zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen gibt?

Die Große Straße ist als Anliegerstraße klassifiziert, so stellv. Bauamtsleiterin **Monique Fabian**. Es handelt sich um eine reine Klassifizierung; das Verkehrsaufkommen ist diesbezüglich unbeachtlich. Eine Messung vorzunehmen, ist aber möglich.

Die Bauzeit wird voraussichtlich 2,5 Jahre andauern, informiert **Axel Bergmann**. Die Frage des Zeitpunkts ist eine Frage an die Politik.

Hierzu möchte die stellv. Bauamtsleiterin ergänzend erklären, dass Fördermittel für jene Maßnahmen vor einigen Jahren beantragt wurden. Damals sei von solchen Initiativen noch keine Rede gewesen. Gleiches gilt, als zu Beginn des Jahres mit den Planungen begonnen wurde.

Bürgerin C

Die Bornsche Straße wurde zurückgestellt. Warum ist das nicht mit der Nordstraße, Große Straße möglich?

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler merkt an, dass es bei den Ausschreibungen betreffend Bornsche Straße erhebliche Abweichungen gab. Darüber hinaus sei der Klärungsaufwand enorm.

Bürger D

In welcher Höhe werden die Kosten umgelegt?

Stellv. Bauamtsleiterin Monique Fabian erläutert, dass 61 % der Kosten auf den Bürger umgelegt werden.

Ausschussvorsitzende Anja Reinke bittet um ein Votum zur Straßenausbaumaßnahme Große Straße.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen 2 Nein- Stimmen 1 Stimmenthaltung

Die Straßenausbaumaßnahme wird somit *mehrheitlich* empfohlen.

**zu TOP 5 Haushaltssatzung 2019 einschließlich Haushaltsplan
Vorlage: 403-(VI.)/2018**

Herr Baethge, HSC e.V., gibt Erläuterungen zur im Haushalt eingestellten Stabhochsprunganlage. Die Stabhochsprunganlage liegt dem Verein sehr am Herzen. Den Anforderungen entspricht die Anlage aber nicht mehr. Die Stabhochsprunganlage soll komplett erneuert werden. Wie bereits ausgeführt ist die Maßnahme regulär im Haushalt eingestellt; Herr Baethge geht jedoch von einer Fördermittelzahlung aus – der Sperrvermerk im Haushalt sollte bleiben.

Sodann stellt Stadtrat Bodo Zeymer seinen Änderungsantrag zur Haushaltssatzung vor und erläutert diesen.

Antragstext:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Planung für das Radwegekonzept mit den entsprechenden Finanzplanungen auf 2019 vorzuziehen und um ein Konzept für Hol- und Bringezonen für die Grundschulen zu erweitern. Eine umfangreiche Bürgerbeteiligung ist vorzusehen. Dazu ist der Haushaltsansatz auf 26000 € zu erhöhen.“

Stadtrat Klaus Czernitzki macht darauf aufmerksam, dass die beantragten Positionen in der Veränderungsliste (lfd. Nr. 13 und 14) ersichtlich sind. Die Mittel für das Radwegekonzept (lfd. Nummer 13) sind jedoch von 2019 in das Haushaltsjahr 2020 verschoben worden.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher unterbreitet daraufhin den Vorschlag, dass der Wirtschafts- und Finanzausschuss den Antrag von Stadtrat Zeymer in der Form berücksichtigt, dass der Ausschuss darüber abstimmen könnte, die Mittel für ein Radwegekonzept wieder im Haushaltsjahr 2019 zu verankern und gleichzeitig die Mittel für die Schulwegsicherung (lfd. Nr. 14) i.H.v. 5.000€ zu empfehlen.

Abstimmungsergebnis: *einstimmig* empfohlen

Sodann stellt Stadtrat Mario Schumacher die Investzuschüsse für den Neubau einer Evangelischen Sekundarschule i.H.v. 559.000 € zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: *einstimmig* empfohlen

Da sich die kontroversen Diskussionen um den Antrag des Kinderschutzbundes (Der Kinderschutzbund bittet bei der Haushaltsplanung ab 2019 von vormals 5.000 € nunmehr mit 10.000 € Förderung berücksichtigt zu werden.) vertiefen, regt der Ausschussvorsitzende an, vorbehaltlich der sachlichen Begründung des Kinderschutzbundes für die Erhöhung abzustimmen. Darüber besteht von Seiten der Ausschussmitglieder Einigkeit.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich* empfohlen

Sodann ruft der Ausschussvorsitzende über die so geänderte Schlussabstimmung zur Haushaltssatzung 2019 einschließlich Haushaltsplan SR 403-(VI.)/2018 auf.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, die so geänderte Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 zu beschließen.

Der Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich, die so geänderte Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2019 zu beschließen.

Die Tagesordnungspunkte 6 – Mitteilungen und 7 – Anfragen und Anregungen entfallen. Es gibt im öffentlichen Teil der Sitzung keine Mitteilungen und keine Anfragen oder Anregungen von Seiten der Stadträte.

Mario Schumacher
Ausschussvorsitzender

Protokollantin